



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler, Holger Griebhammer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel, Volkmarr Halbleib, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl SPD**

Drs. 19/4145, 19/4695

Für Bayerns Familien – gegen sozial ungerechte Kürzungen

Am 12.11.2024 kündigte Ministerpräsident Dr. Markus Söder an, das Krippengeld, das Familien in Bayern mit ein- und zweijährigen Kindern und einem niedrigen Einkommen mit bis zu 100 Euro bei den Betreuungskosten entlastet, ab 2026 komplett streichen und das Familiengeld in Höhe von 250 Euro, das bislang alle Familien in Bayern mit ein- und zweijährigen Kindern als Unterstützung erhalten, halbieren zu wollen.

Für viele Familien in Bayern bedeuten diese Ankündigungen massive finanzielle Einschnitte – insbesondere Familien mit niedrigem Einkommen werden überproportional belastet werden. Das ist unverständlich und sozial ungerecht.

Vor diesem Hintergrund wird die Staatsregierung aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie zeitnah zu berichten:

- Warum das Krippengeld komplett entfallen soll?
- Warum das Familiengeld zukünftig nicht sozial gestaffelt ausgezahlt werden soll?
- Wofür die eingesparten (oder auch „umgeschichteten“) Gelder konkret eingesetzt werden sollen?
- Wie die Finanzierungslücke in der Betriebskostenfinanzierung zukünftig geschlossen werden soll? – Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die geplanten Umschichtungen, die die Lücke nicht schließen werden.

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident